

**POSTULAT** von Hans Frei (SVP, Regensdorf), Thomas Maier (GLP, Dübendorf) und Susanne Brunner (CVP, Zürich)

betreffend Massnahmen zur Begrenzung des Aufwands auf 12 Mia. Franken im Voranschlag 2010

---

Der Regierungsrat wird ersucht, in einem Bericht drei Varianten von Massnahmen (inkl. Gesetzes- und Verordnungsänderungen) aufzuzeigen, die geeignet sind, den Aufwand im Voranschlag 2010 auf 12 Mia. Franken (inkl. interne Verrechnungen) zu begrenzen. Dabei ist die vom Regierungsrat favorisierte Variante begründet zu bezeichnen.

Hans Frei  
Thomas Maier  
Susanne Brunner

227/2009

Begründung:

Das für das laufende Jahr vom Regierungsrat in Aussicht gestellte Defizit in der Höhe von 220 Mio. Franken zwingt zu substanziellen Kostensenkungen. Dies umso mehr, weil die Folgen der Wirtschaftskrise erst in den kommenden Jahren in vollem Umfange zu Buche schlagen werden und ein weiterer Anstieg der Verschuldung gegenüber den nachfolgenden Generationen nicht zu verantworten ist.

Begründung der Dringlichkeit:

Die dramatische Wirtschaftssituation zwingt zu rascherem und wirksamem Vorgehen. Da es der Regierungsrat unterlassen hat, bereits im Voranschlag für das laufende Jahr – als die Ertragsausfälle im Zuge der Wirtschaftskrise längst für jedermann absehbar waren – Massnahmen zur Aufwandsenkung zu beantragen, ist es nun am Kantonsrat, seine Verantwortung gegenüber der Zürcher Bevölkerung wahrzunehmen.